



David Sassan Müller, lic. iur., Rechtsanwalt
Juristischer Mitarbeiter der AIHK, Aarau

Ecopop will die Wirtschaft völlig abwürgen

Mittlerweile steht definitiv fest, dass die in den AIHK Mitteilungen Nr. 6 vom Juni 2014 vorgestellte Ecopop-Initiative am 30. November 2014 zur Abstimmung gelangt. Der Vorstand der AIHK hat im August einstimmig die Nein-Parole zu dieser Vorlage beschlossen. Lesen Sie hier die Gründe, weshalb sich die Wirtschaft Seite an Seite mit allen bürgerlichen Parteien gegen das Ecopop-Begehren stellt und welche fatalen Konsequenzen eine Annahme hätte.

Obwohl das Bruttoinlandprodukt der Schweiz im zweiten Quartal 2014 laut den neusten Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft stagnierte, geht es der Schweizer Wirtschaft im internationalen Vergleich gut. Ein Indikator dafür ist der Global Competitiveness Index des World Economic Forums (WEF), welcher auf der Messung des Produktivitätsniveaus eines jeden Landes basiert. Die Schweiz belegt darin den ersten Rang. Die WEF-Ökonomen warnen in ihrem Bericht aber vor Engpässen bei der Verfügbarkeit von Fachkräften in der Schweiz. Schon die diesjährige AIHK-Wirtschaftsumfrage (vgl. AIHK Mitteilungen Nr. 2 vom Februar 2014) hat teilweise Engpässe bei der Rekrutierung von qualifiziertem Personal, insbesondere in der MEM-Industrie, offenbart. Unserem

«Wirtschaftsinteressen kämen an letzter Stelle»

Wohlstand, der massgeblich von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängt, ist also Sorge zu tragen. Ecopop aber gefährdet unsere Wirtschaft unmittelbar und liefert keinerlei Lösung für die anstehenden Herausforderungen.

Rigide Zuwanderungs- begrenzung?

Volk und Stände haben im Februar 2014 zum Ausdruck gebracht, dass die Schweiz ihre Zuwanderungspolitik neu ausrichten soll. Das heutige Ausmass der jährlichen Nettozuwanderung ist nach dem Willen der Mehrheit langfristig nicht zu verkraften. Die SVP als

Initiantin der angenommenen Masseneinwanderungsinitiative, hat den Initiativtext gewollt offen formuliert. So ist die Zahl der ausländerrechtlichen Bewilligungen gemäss dem neuen Artikel 121a der Bundesverfassung (BV) durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente zu begrenzen. Die SVP hat jedoch bewusst keine starre Begrenzung, sondern eine gewisse Flexibilität verlangt, indem bei der Ausrichtung der Kontingente explizit «*die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz*» zu berücksichtigen sind (Art. 121a Abs. 3 BV). Volk und Stände haben dieser offen formulierten, flexiblen Norm zugestimmt. Diesen Entscheid gilt es zu respektieren und umzusetzen.

Demgegenüber will Ecopop keinerlei Flexibilität. Es soll bei der Begrenzung der Zuwanderung keinen Spielraum geben, auch nicht, wenn sich die Situation ändert. Ecopop nimmt auf die wirtschaftlichen Interessen keine Rücksicht. Die wirtschaftliche Entwicklung scheint den Initianten egal zu sein. Ecopop verlangt eine permanente, starre und fix definierte Grenze: die ständige Wohnbevölkerung darf aufgrund der Zuwanderung um maximal 0,2 Prozent pro Jahr wachsen. Dies würde bedeuten, dass jährlich netto nur noch rund 16 000 Einwanderer in die Schweiz kommen dürften. Miteinzurechnen wären darin auch Asylsuchende, angeheiratete Personen von Schweizern und sogar zurückkehrende Auslandschweizer.

Vermutlich gerade weil die Initiative derart rigide ist, stellen sich alle

Darum geht es

Breite Allianz gegen Ecopop

Unter organisatorischer Führung der AIHK wurde jüngst das überparteiliche **Aargauer Komitee «Ecopop NEIN!»** gegründet. Bis Redaktionsschluss (4. September 2014) sind bereits die Präsidenten der beiden grossen Aargauer Wirtschaftsverbände (AIHK und AGV) sowie der bürgerlichen Parteien von BDP, CVP, FDP und SVP dem Co-Präsidium des Komitees beigetreten sind. Das Ecopop-Begehren wird damit von einer breiten Allianz aus Wirtschaft und Bürgerlichen bekämpft.

Erfahren Sie mehr über dieses Komitee auf www.aargauerkomitee.ch. Sie haben dort sogleich auch die Möglichkeit mitzumachen und dem Komitee beizutreten. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung, danke.

bürgerlichen Kräfte gegen Ecopop, sogar die SVP (siehe Box). Selbst in links-grünen Kreisen stossen die Initianten nur auf Ablehnung. Falsch wäre es aber, die Initianten aufgrund dieser breiten Gegenbewegung zu unterschätzen und sie als Fremdenhasser zu diffamieren. Hier soll stattdessen anhand von drei konkreten Beispielen auf sachliche Art und Weise aufgezeigt werden, welche gravierenden Konsequenzen eine Annahme – vor allem aus Sicht der Wirtschaft – hätte.

Konsequenz 1: Kaum noch Fachkräfte

Die rigide Zuwanderungsbegrenzung à la Ecopop schränkt die künftige wirtschaftliche Entwicklung enorm ein. Die maximale Nettozuwanderung von 16 000 Menschen pro Jahr wäre angesichts der laufend steigenden Zahl von Asylsuchenden allein schon mit den traditionell und völkerrechtlich verankerten humanitären Verpflichtungen der Schweiz ausgeschöpft. Schweizerinnen und Schweizer dürften, sobald die starre Grenze erreicht ist, keine ausländischen Staatsangehörigen mehr heiraten und in die Schweiz nachziehen. Abgeschlagen am Schluss kämen

die Bedürfnisse der Wirtschaft. Für in der Schweiz angesiedelte Unternehmen wäre es kaum noch möglich, spezialisierte Fachkräfte aus der EU oder aus Drittstaaten zu rekrutieren. Die bestehenden Engpässe bei Spezialisten, wie beispielsweise Ingenieuren, würden sich zuspitzen. Ausserdem hätte die Wirtschaft grösste Mühe, die heute rund 50 000 über 50-jährigen Arbeitnehmer bei deren Erreichen des Pensionsalters durch nachrückende Jahrgänge über den Schweizer Arbeitsmarkt zu ersetzen. Wirtschaftswachstum wäre unmöglich.

Konsequenz 2: «Reset» bei der Migrationspolitik

Würde die Ecopop-Initiative angenommen, so wäre der Entscheid vom Februar 2014 praktisch umgestossen. Die Zuwanderungspolitik müsste komplett neu gestaltet werden. Anstatt nach

«Schweiz in einen Schraubstock zwängen?»

einer pragmatischen Lösung im Sinne von Art. 121a BV zu suchen, müsste die Schweiz der EU dann ohne jeglichen Verhandlungsspielraum einen pfeifenfertigen Vorschlag unterbreiten. Da die EU bekanntlich schon mit der Umsetzung der SVP-Initiative grösste Mühe bekundet, hätte eine Umsetzung der Ecopop-Initiative definitiv das Ende des bilateralen Weges zur Folge. Die Schweizer Wirtschaft, welche heute jeden zweiten Franken im Ausland erwirtschaftet und deren Exporte zu fast 60 Prozent nach Europa fliessen, stünde vor einem Scherbenhaufen. Von einem diskriminierungsfreien Marktzugang in der EU müssten wir uns verabschieden. Die Vorlage ist eine gefährliche Mogelpackung, welche die Schweiz in einen Schraubstock zwängen würde.

Konsequenz 3: Grenzgänger als neues Problem

Art. 121a Abs. 3 BV hält ausdrücklich fest, dass auch Grenzgänger bei der Kontingentierung einzubeziehen sind. Anders als die SVP, scheint aber Ecopop die Grenzgänger vergessen zu haben. Diese werden nämlich von der

starrten Begrenzung nicht erfasst. In Anbetracht der beiden vorstehenden Konsequenzen, müsste die Wirtschaft gezwungenermassen auf die Beschäftigung von Grenzgängern ausweichen. Deren Zahl würde folglich explodieren, wobei die von Art. 121a BV verlangten Höchstzahlen im Interesse der Wirtschaft wohl hoch ausfallen müssten. Gerade in den Grenzregionen und somit auch im Aargau würde insbesondere der Mehrverkehr durch die Grenzgänger dann wohl zu einem zusätzlichen Problem. Im Aargau als Grenzkanton arbeiten heute rund 13 000 Grenzgänger. Wie sehr die Infrastruktur und der Arbeitsmarkt belastet würden, wird am Beispiel des Kantons Tessin mit rund 60 000 Grenzgängern sichtbar. Es funktioniert nicht!

Starre Regeln bei Entwicklungshilfe?

Ecopop verlangt – wie im Juni-Beitrag dargestellt – eine in die BV zementierte Regel im Bereich der Entwicklungshilfe. Neben der Sinnlosigkeit einer solchen Vorschrift besteht zudem auch hier eine Gefahr für die Wirtschaft. Betroffene Entwicklungsländer könnten die nicht zweckgesteuerten Massnahmen als Provokation interpretieren, was sich negativ auf die Handelsbeziehungen auswirken könnte.

FAZIT

Um weiterhin erfolgreich zu sein, muss die Schweiz innovativ sowie wettbewerbsfähig bleiben und sich eine gewisse Anpassungsfähigkeit vorbehalten. Sie muss das Verhältnis zum wichtigsten Handelspartner, nämlich der EU, teilweise neu justieren und pragmatische Lösungen finden, um die zugewanderungsbedingten Probleme in den Griff zu bekommen. Die Ecopop-Initiative ist eine gefährliche Mogelpackung, welche die bestehenden Bemühungen zu all diesen Herausforderungen massiv sabotieren würde. Eine Annahme der Initiative hätte fatale Konsequenzen für die Wirtschaft. Dem rigiden Ecopop-Begehren ist deshalb eine klare Abfuhr zu erteilen.